

STEFAN REINECKE ÜBER DIE 30-STUNDEN-WOCHE

Das falsche Versprechen

Wahrscheinlich war Flexibilisierung der Arbeitszeiten mal ein schönes Versprechen. Eine Verheißung für übernachtigte Eltern und für all die Ausgebrannten, die die verdichtete Arbeitswelt produziert. Und es gibt ja immer eine paar Vorzeigebetriebe, in denen Gleitzeit oder modulare Arbeitszeit gut funktionieren. Die Zauberwörter individueller Arbeitszeitsorganisation, die man in soziologischen Fachzeitschriften und Modemagazinen findet, heißen Work-Life-Balance, Sabbatical und Downshifting. Es sind Versprechen, dass jeder und jede nach eigener Fassung seine Arbeitszeit regulieren kann.

Dieses Konzept ist aufs Ganze gesehen gescheitert. Arbeit ist noch ungleicher verteilt als früher. Es gibt viele, die nur Teilzeitjobs haben, aber mehr arbeiten würden – und auf der anderen Seite eine wachsende Gruppe von oft gut bezahlten Workaholics, die auf den Zustand der Erschöpfung zu steuert. Flexibilisierung ist allzu oft nur eine camouflierende Umschreibung für Arbeitnehmer im Stand-by-

Modus. Die Idee, dass Arbeitszeit im individualisierten Kapitalismus individuell fair ausgehandelt werden kann, ist ein falsches Versprechen. Arbeitszeit ist kein privates Thema.

Eine Initiative hat nun eine 30-Stunden-Woche gefordert – und viel Kritik geerntet. Ein Rückfall in die 80er Jahre, vor dem großen Globalisierungsschub von 1990, heißt es. Unrealistisch, sagen Unternehmerverbände. Manche linken Keynesianer halten das Ganze für Traamtänzerie. Auch Arbeitnehmer sind skeptisch.

Es stimmt – irgendwie wirkt die 30-Stunden-Woche uncool, sie riecht nach Gängelung, Zwang, Gewerkschaft. Wir haben die Vorschriften der Kontrollgesellschaft hinter uns gelassen. Nun misstrauen wir kollektiven Regeln, weil sie die Selbstverwirklichung einschränken könnten. Aber das ist eine Täuschung. Es ist nicht unrealistisch, Arbeitszeit wieder stärker kollektiv zu begrenzen. Unrealistisch ist die Idee, kleinteilig flexibel Arbeitszeiten auszuhandeln.

Inland SEITE 6



Flexibilisierung ist allzu oft nur ein anderes Wort für Arbeitnehmer im Stand-by-Modus

NICOLA LIEBERT ÜBER DAS VERBOT VON WERKSCHLISSUNGEN IN FRANKREICH

Hollandes Luftnummer

Natürlich ist es empörend, wenn Konzerne trotz guter Gewinne Werke dichtzumachen drohen – wie der Reifenhersteller Goodyear in Frankreich oder Opel-Mutter General Motors in Deutschland. Gewiss werden dem französischen Präsidenten François Hollande die Sympathien vieler Wähler zufliegen, wenn er so etwas künftig einfach verbietet. Nur ist zweifelhaft, ob ein solches Gesetz einen über Hollandes Popularitätswerte hinausgehenden Nutzen hat.

Dass durch ein generelles Verbot von Werkschließungen nur Uraltindustrien am Leben gehalten und ein ökologischer Strukturwandel verhindert würden, weiß auch die Regierung in Paris. Sie will daher nur die Betreiber profitabler Werke verpflichten, einen Käufer dafür zu finden. Damit ist der Vorschlag aber eine Luftnummer

zeigt sich seit Langem bei der Unternehmensbesteuerung. Seltsamerweise fallen die Gewinne regelmäßig in Steueroasen an, die Verluste aber in Ländern wie Frankreich oder Deutschland. Warum sollte das anders sein, wenn es um Werkschließungen geht?

Aber selbst wenn es gelänge, das Gesetz wasserdicht zu machen, wäre wenig gewonnen. Für die betroffenen Arbeitnehmer ist es fraglos schlimm, wenn ihr Werk geschlossen wird. Aber genauso schlimm ist die Situation für die viel größere Zahl von Menschen, die erst gar keinen Job bekommen, weil multinational agierende Unternehmen ihre Investitionen anderswo tätigen. Dagegen helfen keine plumpen Verbote. Stattdessen müssen endlich soziale und ökologische Standards in der Weltwirtschaft durchgesetzt werden. Aber eine solche Politik

SCHATTEN

Natürlich geht es beim Dr.

Bei Gutti war die Schadenfreude noch groß, und das zu Recht, bei Frau Schavan gibt es schon Unbehagen. What's next? Vielleicht traut sich jemand, mal Doktorarbeiten von „Wirtschaftskapitänen“ anzuschauen? Wahrscheinlich eher nicht. Aber vielleicht könnte man darüber nachdenken, ob dieser Dokortitel überhaupt noch zeitgemäß ist.

Seit es den Dokortitel gibt – 900 Jahre ist das nun schon her –, wird geschummelt, werden Titel direkt oder indirekt gekauft, gibt es die kleine, aber umsatzstarke Industrie der Dokortormacher-Industrie, von den „Begleitern“ bis zu den „Komplettlösern“, kommen sich die Parteien, Anbieter und Nachfrager der Karriereprothese, wenn es um ökonomische Belange geht, einander gern einmal entgegen, kriegen Leute aus großen Familien und Parteimitglieder leichter ihren Doktor als Habenichtse.

Die Karriere-Prothese

Denn mag der Dokortitel als Abschluss einer akademischen Ausbildung vielleicht irgendetwas nachweisen, im richtigen Leben hat er ganz andere Funktionen. Er ermöglicht insbesondere dort, wo am wenigsten wissenschaftlich gedacht wird, einen Karriere-Einstieg um zwei, drei Gehaltssprossen höher als die Konkurrenz, nicht weil man etwa am Wissenschaftsnachweis interessiert wäre, sondern weil der Titel auch die Institution verkaufen hilft, in der man ihn an Türen klebt und auf Briefpapier druckt. Der Dokortitel ist ein Instrument der Differenzierung in bürgerlichen Hierarchien, ein Medium der Selbstvergewisserung und Selbstermächtigung, die Illusion von Bildung in der Welt von Google und Think-Tank-Geheimwissen, eine kulturelle Waffe im sozialen Abstiegskampf. In seinem sozialen Gebrauch hat der Dokortitel mit seinem wissenschaftlich-fachlichen Aussagewert nicht das Geringste zu tun.

Denn: Braucht man in der Politik oder im Wirtschaftsmanagement, vor Gericht oder in der Finanzspekulation, als „Blattmacher“ oder Fernsehredakteur etwa den Nachweis für „wissenschaftliches Denken“? Das genaue Gegenteil muss man beherrschen!

Aber man weist anderes nach: zum Beispiel Ehrgeiz, aber auch die Fähigkeit der eigenen Familie, das Entsprechende zu finanzieren, die Bereitschaft sich hervorzutun, eine karrierebewusste Lebensplanung, den Umgang mit untoten Dingen und Texten. Ein Preis ist zu zahlen entweder in Geld, in Lebenszeit oder in Opferbereitschaft. Kann auch schiefgehen.